

Digitale Souveränität erfordert mutige Entscheidungen

Während der Bundeskanzler die europäische digitale Souveränität als klares Ziel ausruft, fehlt auf Länder-Ebene noch eine gemeinsame Linie. Bayern begibt sich sogar noch tiefer in die Abhängigkeit von Microsoft – und nimmt dabei untragbare Risiken in Kauf. Schleswig-Holstein dagegen zeigt: Digitale Souveränität ist realisierbar, wenn man mutig und stringent voranschreitet. Dieser Weg ist zwar anstrengender, aber alternativlos.

In der Theorie ist digitale Souveränität ein hohes Gut, nach dem wir alle streben. Doch wenn es an die praktische Umsetzung geht, lässt sich so mancher Entscheider von den Marketing-Versprechen der großen US-Anbieter einlullen. Die bayerische Staatsregierung verschließt Augen und Ohren vor bekannten Risiken und macht einen Deal mit Microsoft: Künftig sollen alle Beschäftigten in bayerischen Behörden mit Microsoft 365 arbeiten, einschließlich Teams und Copilot. Zwar wird die Microsoft-Cloud in einem deutschen Rechenzentrum gehostet, sicher und souverän ist sie dadurch aber bei Weitem nicht. Denn als US-Unternehmen unterliegt Microsoft der dortigen Gesetzgebung, die im Konflikt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung steht. Nach dem US Cloud Act können US-Behörden die Herausgabe sensibler Daten fordern, selbst wenn sich diese in Rechenzentren in Europa befinden.

Hinzukommt, dass Microsoft in den vergangenen Jahren wiederholt wegen massiver Sicherheitsmängel in der Kritik stand, sogar im eigenen Land dokumentiert vom amerikanischen Cyber Safety Review Board (CSRB). Doch trotz Warnungen aus dem bayerischen Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) will die Staatsregierung an der Einführung von M365 festhalten. Rund eine Milliarde Euro Lizenzgebühren sollen in den kommenden fünf Jahren an den US-Cloud-Giganten fließen. Geld, das der eigenen Wirtschaft entzogen wird – wie Vertreter bayerischer IT-Unternehmen in einem offenen Brief kritisieren.

Digitale Souveränität sieht anders aus

Während Bayern einen rückwärtsgewandten Kurs verfolgt, hat Schleswig-Holstein einen Meilenstein erreicht und das E-Mail-System der Landesverwaltung erfolgreich von Microsoft Outlook und Exchange auf Open Source-Lösungen migriert. Bereits im Jahr zuvor hatte das Land damit begonnen, Libre Office als Standard-Büro-Software einzuführen. Nach der erfolgreichen Migration soll MS Office jetzt von allen digitalen Arbeitsplätzen der Landesbehörde verschwinden. Zugegeben: Der Umzug der über 40.000 Postfächer mit mehr als 100 Millionen E-Mails und Kalendereinträgen war ein Großprojekt, bei dem nicht alles reibungslos verlief. So hatten insbesondere Justiz und Polizei über technische Mängel und Ausfälle geklagt, woraufhin Digitalminister Dirk Schrödter (CDU) Fehler bei der Migration einräumte. Jedoch stellte er auch klar: „Eine solche Umstellung ist keine Kleinigkeit. Wir sind echte Pioniere. Wir können nicht auf die Erfahrung anderer zurück-

greifen – weltweit gibt es kaum ein vergleichbares Projekt dieser Größenordnung.“ Trotz so mancher Schwierigkeiten hält auch Michael Burmeister von der Richtervereinigung die Unabhängigkeit von großen Tech-Konzernen für wichtig und will keine Rückkehr zu Microsoft.

Der unbequeme Weg ist der richtige

Sich aus jahrzehntelang gewachsenen Abhängigkeiten zu befreien, erfordert die Bereitschaft, über Steine zu gehen. Das ist nicht immer einfach. Doch wenn wir echte digitale Souveränität anstreben, ist dieser Weg alternativlos. Gerade in der Verwaltung ist das Thema hochbrisant. Nicht nur stehen sensible Daten von Bürgerinnen und Bürgern auf dem Spiel, auch die Handlungsfreiheit wird durch die enge Verflechtung der US-Tech-Konzerne mit der Regierung gefährdet. Denn wenn unsere Geschäftskontinuität von amerikanischen Clouds abhängt, kann die Nutzung zum politischen Druckmittel werden.

Es darf nicht bei schönen Worten bleiben

Jüngst hat Kanzler Merz auf dem deutsch-französischen Souveränitäts-Gipfel betont, wie wichtig die digitale Souveränität für die Zukunft Europas ist. Jetzt geht es darum, die schönen Worte in eine verbindliche Zielarchitektur zu überführen. Indem öffentliche Verwaltungen konsequent auf Open-Source-Lösungen und europäische Cloud-Anbieter setzen, können sie wieder Unabhängigkeit, Sicherheit und Kontrolle zurückgewinnen. BYOL-Modelle (Bring your Own License) tragen zusätzlich dazu bei, einseitige Abhängigkeiten zu durchbrechen. Hier bietet insbesondere der Einsatz von gebrauchten Software-Lizenzen die Möglichkeit, erhebliche Kosten zu sparen und eine bedarfsgerechte Beschaffung zu gewährleisten. Denn auf dem rechtskonformen Sekundärmarkt sind sowohl aktuelle als auch bewährte Software-Versionen erhältlich, die die Hersteller regulär nicht mehr anbieten. Schleswig-Holstein hat gezeigt: mit einer klaren Strategie als Leitlinie ist digitale Souveränität realisierbar. Höchste Zeit also, dass weitere Länder diesem Beispiel folgen.



Andreas E. Thyen, Präsident des Verwaltungsrats der LizenzDirekt AG.

Foto: BS/LizenzDirekt



DIGITALE SOUVERÄNITÄT

Bis zu 75%
Lizenzkosten
sparen!

IHR WEG ZUR DIGITALEN AUTONOMIE

Gebrauchte Softwarelizenzen – unabhängig & nachhaltig.

Die digitale Souveränität Europas ist kein Konzept – sie ist eine Verantwortung. LizenzDirekt unterstützt Behörden und Unternehmen dabei, Abhängigkeiten zu vermeiden oder bestehende zu reduzieren.

Mit unserer Expertise entwickeln wir Lösungen, die Sie unabhängiger machen, Ihr Budget schonen und Ihre Lizenzverwaltung vereinfachen.

Abhängigkeit vermeiden, Autonomie gewinnen – mit LizenzDirekt.



Mehr erfahren:
lizenzdirekt.com/expertenwissen